

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion: Bismarckstr. 50
Bismarckstr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 618.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt)

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Kasererstr. 57
Bismarckstr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 618.

Eine neue Rede Poincarés.

GA. Paris, 22. April. (Eig. Drahtb.) Poincaré hat heute nachmittag in der Gemeinde vom Haas-Departement anlässlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals eine Rede gehalten. Sie brachte, wie zu erwarten war, keinerlei neue Erklärung von Bedeutung. Man sucht in der Rede vergeblich nach einer Äußerung über die vorläufige weitere Entwicklung des Ruhrkonflikts. Die Rede Lord Curzons wurde mit keinem Worte berührt. Poincaré beschränkte sich darauf, rückblickende Ausführungen zu machen, die dadurch nichts an aktuellem Interesse gewinnen, daß der französische Ministerpräsident ihr die Form einer Antwort auf die Rede des deutschen Außenministers von Rosenberg gab.

Nach starker Betonung der Deutschland zur Zeit gelegten Kriegsgrenzen (er sprach von summatrischen Einrichtungen von Frauen, Greisen und Kindern), versicherte Poincaré, das Ruhrgebiet sei nur besetzt worden, weil Frankreich eine schnelle Verständigung mit den deutschen Industriellen und Arbeitern auf diese Weise zu erreichen erhoffte. (1) Die deutsche Regierung sei schuld daran, daß wegen des von ihr organisierten Widerstandes der deutschen Bevölkerung die Besatzung verschärft werden mußte. (Wie oft ist Poincaré schon gesagt worden, daß der deutsche Widerstand spontan aus dem gesamten Volke emporgewachsen ist!)

Poincaré behauptete weiter, daß von Rosenberg in seiner Rede erwähnte deutsche Angebot von 30 Milliarden Goldmark sei später erfinden worden, um die deutschen Sozialdemokraten zu beruhigen. In Paris sei davon noch nicht die Rede gewesen. (Weil man die Deutschen gar nicht gehört hat!) Auf jeden Fall wäre aber für Frankreich die Annahme eines solchen Angebotes mit einem mehrjährigen Moratorium ohne Pfand und Garantien unmöglich gewesen. Aber selbst wenn man zugeben würde, daß Herr v. Rosenberg die Wahrheit gesagt habe, würde sich daraus ergeben, daß, nachdem sich Deutschland formell im Mai 1921 als Schuldnerin von 132 Milliarden Goldmark bekannt und dadurch erklärt habe, daß das Ruhrgebiet nicht besetzt werde, es nunmehr im Januar 1923 den Verbündeten weniger als ein Viertel der versprochenen Summe anbiete, damit von ihm Zahlungsaufschub von drei oder vier Jahren ohne Pfand und Sicherheiten bewilligt würde. Frankreich habe nicht so wahrheitslos sein Wort gegeben, Deutschland noch einmal zu vertrauen, nachdem das im Mai 1921 bewiesene Vertrauen von Deutschland so schändlich enttäuscht worden sei. Damals bestand ein Zwang, das Unmögliche zu erfüllen, bis es eben nicht mehr ging, jetzt würde es sich um eine freiwillige Leistung handeln, deren Höhe durch internationale Sachverständige begrenzt werden soll. Darin liegt ein gewaltiger Unterschied. (Red.)

Poincaré bemühte sich dann, durch Häufung von Zitaten zu beweisen, daß Rosenbergs Äußerung von der Rüstung v. Smardas nach dem Kriege von 1870/71 unwahr sei. (Smardas ist im Gegenteil den Franzosen in jeder Weise entgegengekommen, sogar als deutsche Soldaten ermordet und die Wörder freigesprochen wurden, hat er es bei einer Warnung bewenden lassen. Dem deutschen Besatzungsheer aber wurde bei seinem Abzuge offiziell der französische Dank für seine verständnisvolle Haltung ausgesprochen. Das sind geschichtliche Tatsachen. (Red.) Er ging weiter auf die deutsche Abrüstung ein und versuchte nachzuweisen, daß Deutschland die Versailles Abwehrbestimmungen nicht erfüllt habe. Poincaré teilte in diesem Zusammenhang mit, daß die Verbündeten, und zwar alle Verbündeten, wie er ausdrücklich mehrfach betonte, am vergangenen Mittwoch Deutschland aufgefordert haben, die militärische Organisation der Schutzpolizei zu beilegen. Poincaré schloß mit der Erklärung, daß Frankreich seinen Gefallen am besten seinen Dank abstatten könne, wenn es sich die Früchte ihres Sieges nicht entziehen läßt.

Loucheur will Deutschlands Bankrott.

WTB. Paris, 21. April. Loucheur hielt heute auf einem Frühstück des Verbandes der französischen Industriellen und Kaufleute eine Rede über die allgemeine Wirtschaftslage. Er erklärte, England habe dadurch, daß es die Wiederaufrichtung seiner Finanzen wolle, um das Pfund Sterling auf Paris zu erheben, etwas Wunderbares durchgeführt. Es habe aber einen großen Fehler gemacht: denn England habe eine schwere Wirtschaftskrise durchgemacht, und die Lebenshaltung habe sich stark vermindert. Deutschland sei seinerseits dabei geblieben, seine Zahlungsfähigkeit dadurch zu mindern, indem es seine Rüstung entwerfe. Durch diese Politik der finanziellen Schwächung werde Deutschland sich ruinieren. Es werde gewonnen sein, in aller Eile seinen Bankrott zu erklären, der vor allem seinen Mittelstand treffen werde. Frankreich habe sich zwischen den beiden Extremen gehalten. Loucheur leitete nach dem weiter, daß Deutschland, wenn es durch seinen Bankrott seiner inneren Schulden befreit sei, sehr leicht die 8 Milliarden Goldmark für die Zahlung seiner ausländischen Schulden in seinen Haushalt einbringen könne.

Loucheurs Worte können uns nur einen neuen Ansporn geben, auszuhalten, damit der von ihm für so kurze Frist vorausgesagte Zusammenbruch nicht eintritt. Dann wird in Frankreich manches zusammenbrechen.

Die Antwort der französischen Bischöfe

GA. Paris, 21. April. Der Erzbischof von Orléans, Cardinal Luçon, veröffentlichte heute die Antwort der

französischen Bischöfe auf das Rundschreiben des Erzbischofs von Köln und der Bischöfe von Baderborn und Münster wegen der Ruhrbesetzung an die französischen Bischöfe. Es heißt darin: „An dem Tage, an dem man den Vertrag von Versailles wird revidieren wollen, wird man es nicht können, ohne die Genehmigung der Signatarmächte, und besonders nicht, ohne die Genehmigung der französischen Regierung. Dieser reformierte Vertrag wird dann für uns maßgebend sein, soweit die französische Regierung ihm zustimmt haben wird. Was die Ruhrbesetzung betrifft, so muß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen. Einmalige Übergriffe der französischen Soldaten würden wir bedauern. Die uns aber lebendige nicht zu begreifen mit den historischen Abhängigkeiten, die Frankreich und Belgien während des Krieges angeschlossen worden sind (die Ententeanionen haben dort mehr verlohren als unsere Gefährten), und mit den dauernden Mordanschlägen auf die französischen Soldaten und Offiziere im besetzten Ruhrgebiet. (Eine direkte Unwahrheit! Auch die französischen Bischöfe sehen die Lage durch die getriebene Brücke des Hafens an. Es ist bedauerlich, festhalten zu müssen, daß es am liebsten in Frankreich niemanden gibt, der sich zu einer objektiven Betrachtung durchringen kann.)

„Es gibt keine Rheinlandfrage für Deutschland“.

Eine Rede Stresemanns. — Die Antwort an Lord Curzon.

GA. Berlin, 22. April. (Eig. Drahtb.) Die Arbeitgemeinschaft Großberlin der Deutschen Volkspartei veranstaltete heute zum Besten des deutschen Volksoffers eine Rundgebung für Rhein und Ruhr, in deren Verlauf auch Dr. Stresemann

eine Ansprache hielt. Stresemann führte aus: Seit 1918 bedeutet die Politik Frankreichs nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Heute geht es darum, ob Rhein und Ruhr bei Deutschland bleiben sollen. Es wird jetzt wiederholt in der Welt davon gesprochen, welche finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen Deutschland auf sich nehmen soll, die vielleicht mit der Frage weiterer wirtschaftlicher Verarmung und Entfremdung Deutschlands zusammenhängen werden. Davon, ob Deutschland eine Milliarde mehr oder weniger zu zahlen haben wird, hängt Leben und Tod noch nicht ab, wohl aber davon, ob das Rheinland und die Ruhr bei Deutschland bleiben. Deshalb kann wohl die Frage der deutschen Verhandlungsfähigkeit Gegenstand von Verhandlungen und Kompromissen sein, nie aber die der Freiheit von Rhein und Ruhr. Wenn wir zum ersten Male aus der Rede Lord Curzons wieder Worte der großen Achtung vor unserem Volke, vor seiner Führung und dem von ihm geleiteten Widerstande hören, so dürfen wir das als den ersten großen Erfolg des Widerstandes an der Ruhr buchen, der uns die Achtung in der Welt wiederbringen kann. Angesichts der französischen Ausweitungspolitik, die weitestgehende politische Berechnung ist, die die geistige Annerkennung vorbereiten, damit ihr die politische folgen soll, richten wir an Curzon die Frage: Wenn du uns zu erbeulst, wir sollten die Agentenliste Englands annehmen, um dem Kampf ein Ende zu bereiten, wenn du von der Lösung der Wiedervereinigungsfrage sprichst, von dem Gremium von Autoritäten, das Deutschlands Leistungsfähigkeit feststellen soll, ist das der ganze Umfang der Rede? Handelt es sich von vornherein um die feierliche Zusage, daß Deutschland wieder in den freien Besitz seiner Autonomie gesetzt werden soll, oder soll erst nach der Wiedervereinigungsfrage über Rhein und Ruhr verhandelt werden?

Es gibt keine Rheinlandfrage für Deutschland. Das Rheinland ist deutsches Gebiet. Dorten und Smeers sind von Frankreich bezahlte Subjekte, aber keine Verbündeten deutschen Volkswillens. Lord Curzon ist ja der Vater des Gedankens, dem Rheinland die Lösung der Rheinlandfrage zu übertragen. Aber was geht den Verbündeten das deutsche Rheinland an. Zum Villerbund können wir nach der obersteilischen Entscheidung kein Vertrauen mehr haben. Die Rede Lord Curzons ist eine politische Tatsache, an der die deutsche Regierung nicht vorbeigehen wird. Aber wir müssen uns darüber klar sein: Die Summe, die Deutschland aufbringen kann, wird unklar sein, über sie sollen Sachverständige verhandeln, aber unter der Voraussetzung der Souveränität Deutschlands, des deutschen Rheins, der deutschen Ruhr und des deutschen Saargebiets.

Nachdem Dr. Stresemann dann noch einmal an seine Ausführungen im Reichstage erinnert hatte, daß an die Spitze jeder Abmachung irgendeiner deutschen Regierung die Bedingungen treten müsse, daß nicht nur alle Industriellen in Freiheit, sondern auch alle Wirtschaftlichen wieder in ihre Heimstätten eingesetzt werden müßten, wies er darauf hin, daß trotz der fürchterlichen Kurzes, den Deutschland von der Höhe seiner Macht hinab zur politischen Ohnmacht getan habe, doch Zeichen einer Wiedergeburt im Volk zu erkennen seien. Ein Volk, das bewiesen habe, daß ihm der Begriff Vaterland keine leere Phrase sei, könne nicht zum Untergang in der Geschichte bestimmt sein. Dem Volke selbst gelte es aber heute, zuzurufen, daß die Verträge

Die Lausanner Konferenz.

GA. Lausanne, 23. April. (Eig. Drahtb.) Die zweite Lausanner Orientationskonferenz, die morgen mit einigen Kommissionen beginnt, stellt formell nicht eine neue Konferenz, sondern einfach die Fortsetzung der Anfang Februar abgebrochenen Friedenskonferenz dar. Deshalb wird auch keinerlei Eröffnungsfeier und sonstige Feierlichkeiten stattfinden, sondern die Arbeit wird einfach fortgesetzt, wo sie im Februar aufgehört hat. Die Delegierten sind im Laufe des gestrigen und des heutigen Tages nahezu vollständig in Lausanne eingetroffen. Es fehlt nur noch die russische Delegation, die nicht mehr eingeladen wurde, da man das Meerengenstatut allseitig für erledigt ansieht, die russische Delegation aber nur einzeln und allein für die Meerengenfrage eingeladen war. Immerhin hat die Sowjetregierung auch diesmal ihren Botschafter, Herrn von der Berliner Botschaft, und zwar diesmal als Journalisten, nach Lausanne entsandt.

Reichsregierung und Lage.

GA. Berlin, 22. April. (Eig. Drahtb.) Wie wir hören, betrachtet die Reichsregierung die Rede Lord Curzons als eine wichtige politische Tatsache, die die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflussen könnte. Die Reichsregierung ist in Erwägungen darüber eingetreten, welche Folgen sich daraus ergeben.

GA. Berlin, 23. April. (Eig. Drahtb.) In den heutigen politischen und parlamentarischen Kreisen ist man der Auffassung, daß durch die gestrige Rede Poincarés die Lage nicht verändert ist, und daß nach wie vor die Notwendigkeit besteht, die durch die Rede Lord Curzons begonnene Diskussion fortzusetzen. Infolgedessen werden sich die maßgebenden Stellen heute mit der Frage beschäftigen, inwieweit aus der Rede Lord Curzons positive Schlüsse zu ziehen sind.

Eine Note über die Schutzpolizei, wie sie von Poincaré angekündigt worden ist, ist bisher hier noch nicht eingetroffen.

Englisch-belgische Freundschaftswoche.

GA. London, 23. April. (Eig. Drahtb.) In der englischen öffentlichen Meinung wird die Reparationsfrage gegenwärtig völlig durch die englisch-belgische Freundschaftswoche verdrängt, die gestern mit der Enthüllung eines Denkmals der im Kriege in Flandern gefallenen englischen Matrosen begonnen hat. Die soll Ende der Woche in Brüssel in dem gleichen London und Brüssel vorher vereinbarten. Banquet mit dem König und Prinzen von Wales ihren Höhepunkt finden.

Obwohl sich die Leitartikel der großen englischen Blätter heute morgen über Poincarés neueste Rede ausschweiften, geht aus der Ausprägung und der Kommentierung der Pariser Berichterstatter der Londoner Blätter hervor, daß man den unersichtlichen Ton in der Rede gar nicht ungern sieht, weil man davon eine Verschärfung der englisch-belgischen Annäherung erwartet.

Englands Ein- und Ausfuhr.

GA. London, 23. April. (Eig. Drahtb.) Die englische Einfuhr betrug im März 1923 35, 40 Millionen Pfund, was eine Zunahme von 2 Millionen Pfund gegenüber März 1922 bedeutet. Die Ausfuhr betrug 60,9 Millionen Pfund, erfuhr eine Abnahme von 8,6 Millionen Pfund. Die Binnenausfuhr betrug 9 Millionen Pfund, die Abnahme gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Million Pfund.

Verbot der Einfuhr von Alkohol.

Eine Verfügung Degouttes für das besetzte Gebiet.

GA. Offen, 22. April. (Eig. Drahtb.) General Degoutte hat eine neue Verfügung erlassen, wonach die Einfuhr von Alkohol für das gesamte besetzte Gebiet von der Ofgrenze her verboten ist. Nur unter gewissen Umständen darf Alkohol für gewerbliche Zwecke eingeführt werden, doch muß dieser Alkohol denaturiert sein. Die Einfuhrzölle sowie eine besondere „Ausgleichssumme“ müssen dabei bezahlt werden. Auch die Einfuhr von Alkohol vom Westen her unterliegt der Genehmigung der Besatzungsbehörde. Hier ist auch der Einfuhrzoll zu entrichten. Für die Einfuhr von Alkohol nach dem besetzten Gebiet von Offen her sind nur zwei Eisenbahnstrecken freigegeben, und zwar von Weismann nach Düsseldorf und von Bohlwinkel nach Düsseldorf, unter besonderer Bezeichnung der Zollstelle Derendorf. Für den Fuhrwerksverkehr wird nur die Straße Elberfeld-Wieden-Weismann-Düsseldorf freigegeben mit der Zollstelle Hubertus.

Neue Besetzungen.

b. Aus dem Ruhrgebiet. Im Laufe des gestrigen Sonntags wurden sämtliche fuhrerlose Bahnhöfe von den Truppen besetzt, darunter auch die Hasenbühlstraße. Damit ist nicht nur der Personenzugverkehr mit Duisburg gänzlich zum Erliegen gekommen, sondern auch der zur Versorgung des Industriegebietes wichtige Verkehr von dem Ruhrgebiet auf die Eisenbahn, der sich nach Einführung der französischen Zollbestimmungen hauptsächlich auf Kohlen, Eisen und Metalle für den Gießereibetrieb erstreckt, völlig lahmgelegt.

TU. Ruhrort, 23. April. (Drahtb.) Gestern haben die Franzosen die Bahnhöfe Ruhrort-Ruhr und Ruhrort-Weismann sowie die Zechen

Durch den Ge-
Walt und Zü-
fendungen
geraten

[Illegible text]

THE PRINCE OF THE ALPINE, 1881.

ber Größe. Am Bahnhof nahm er die
A- und B-Karlsruhe-Linie wahr, be-

[illegible]

52

This image shows a dark, textured vertical strip, likely a book cover or binding. The left side features a lighter, more pronounced texture, possibly a cloth or paper binding, while the right side is a solid, dark material. The overall appearance is aged and worn.

